

# Kein Schutz gegen neuen Terror

Auch nach dem Anschlag bleibt Berlins Energie-Infrastruktur für jedermann zugänglich. Der Senat hat keinerlei sichtbare Schutzmaßnahmen ergriffen

JOHANNES SCHIRRMEISTER, SOPHIE-MARIE SCHULZ, MORITZ EICHHORN UND ANDREAS KOPIETZ



„Hochspannung Lebensgefahr“: Dieses Berliner Umspannwerk ist nur mit einem Zaun gesichert.

ESPEN EICHHÖFFER/OSTKREUZ

Berlin ist nach dem linksextremistischen Anschlag auf die Stromversorgung genauso ungeschützt wie zuvor: Wenige Tage, nachdem ein Brandanschlag im Südwesten der Hauptstadt bis zu 50.000 Haushalte lahmlegte, stehen zentrale Anlagen der Berliner Energieinfrastruktur weiterhin nahezu ungeschützt im öffentlichen Raum. Keine Polizei, keine Sicherheitsdienste, keine sichtbaren temporären Schutzmaßnahmen.

Eine exklusive Recherche der Berliner Zeitung zeigt: Reporter konnten zahlreiche Orte ähnlich der Kabelbrücke in Lichterfelde, auf die am 3. Januar ein Brandanschlag verübt wurde, in verschiedenen Bezirken der Stadt unbehelligt aufsuchen, fotografieren, betreten und begutachten. Zäune lassen sich mit einfachen Hilfsmitteln überwinden, Wachpersonal ist nicht vorhanden.

Lediglich Schilder mit der Aufschrift „Vorsicht, Lebensgefahr“ sollen potenzielle Täter abschrecken. An manchen Standorten genügt ein geparktes Auto oder eine anliegende Bebauung, um auf das Gelände zu gelangen.

Hinzu kommt: Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden besteht weiterhin eine konkrete Gefährdungslage. Zum jüngsten Anschlag bekannte sich erneut die linksextremistische Vulkangruppe, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich Teile des Berliner Stromnetzes zerstört hat. In einem aktuellen Schreiben drohen Personen seit Donnerstag mit einem weiteren Anschlag, diesmal auf die Versorgung der Haushalte von Marzahn-Hellersdorf.

Derweil betont Innensenatorin Iris Spranger, dass der Schutz kritischer Infrastruktur intensiviert worden sei. Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey kündigte an, neuralgische Punkte künftig stärker per Video zu überwachen. Vor Ort ist davon nichts zu erkennen.

Reporter der Berliner Zeitung besuchten in den Tagen nach dem Anschlag insgesamt acht Umspannwerke in Ost- und West-Berlin, in Randlagen und dicht bebauten Gebieten. Was sie vorfanden, ist schwer zu glauben. Während am Provisorium in Südberlin gearbeitet wird und die Heizungen in den betroffenen 50.000 Haushalten vorerst wieder laufen, könnte jeder, der genug kriminelle Energie besitzt, den nächsten Anschlag verüben.

Erster Halt Marzahn-Hellersdorf. Das Umspannwerk liegt offen einsehbar zwischen S-Bahngleisen. Ein niedriger Metallzaun trennt das Stromwerk vom öffentlichen Raum. Weder Wachpersonal noch Polizei sind vor Ort, temporäre Schutzmaßnahmen fehlen, und einen Stacheldrahtzaun sucht man vergeblich.

## Polizeibeamte sind nicht präsent

Während ein Reporter der Berliner Zeitung das Gelände von außen begutachtet, verlassen Mitarbeiter des Netzbetreibers Stromnetz Berlin die Anlage. Nicht die Mitarbeiter sprechen die unbekanntenen Personen an, die Fotos und Videos aufnehmen, sondern andersherum. Auf Nachfrage erklären sie, der Schutz erfolge angeblich über mehrere Kameras. Sobald jemand den Zaun übersteige, werde automatisch ein Alarm ausgelöst, die Polizei erhalte unmittelbar einen Notruf.

Die Frage, wie lange Einsatzkräfte bis zum Eintreffen benötigen und ob potenzielle Täter nicht bis zum Eintreffen der Polizei einen erheblichen Schaden anrichten könnten, wird nicht beantwortet. Ebenso wollen sich die Mitarbeiter nicht dazu äußern, ob die angebrachten Kameras ausreichen, um Täter abzuschrecken, die gezielt vorgehen und ihre Tat vorbereitet haben.

Die Bilanz des ersten Werks: Der Betrieb läuft wie zuvor. Es gibt keine sichtbaren zusätzlichen Sicherungen und es wurden auch keine temporären Maßnahmen ergriffen.

Ein paar Kilometer weiter ein ähnliches Bild. Der Zaun ist höher, an seiner Oberkante verläuft Stacheldraht. Entlang des Zauns hängt ein Sichtschutz aus Stoffbahnen. Große Teile davon sind beschädigt oder vollständig zerfleddert. An mehreren Stellen hängen die Plänen lose herab oder liegen bereits auf dem Boden. Was als Abschirmung gedacht war, wäre nun eine nützliche Einstiegshilfe. Wachpersonal oder Polizeibeamte sind nicht präsent.

Nächste Station: Schöneweide. Das Umspannwerk liegt direkt neben einer weitläufigen Kleingartenanlage. Die Anlage ist vom öffentlichen Straßenraum aus problemlos erreichbar. Autos können unmittelbar neben dem Gelände abgestellt werden. Der Zaun ist weniger als zwei Meter hoch.

Weder Kameras noch ein Stacheldrahtzaun wurden angebracht. Wieder ist kein Sicherheitspersonal oder Polizeistreife vor Ort. Während die Reporter das Gelände umrunden, Fotos machen und sich längere Zeit am Zaun aufhalten, werden sie von niemandem angesprochen oder kontrolliert.

In Spandau befindet sich eines der größten Heiz- und Kraftwerksareale der Hauptstadt. Das Gelände ist weitläufig, die Dimensionen sind gewaltig. Sollte diese Anlage sabotiert werden, wären nicht nur einzelne Straßenzüge oder Bezirke betroffen, sondern große Teile der Stadt. An dem Standort befinden sich zentrale Anlagen der Berliner Strom- und Wärmeversorgung. Nach öffentlich verfügbaren Angaben versorgt der Kraftwerkskomplex in der Spitze mehrere hunderttausend Haushalte, im Verbund sogar bis zu rund einer Million Berliner Wohneinheiten mit Energie.

Dieser Umstand scheint die Stadt aber nicht dazu veranlasst zu haben, die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen. Das Areal ist lediglich durch einen vergleichsweise niedrigen Zaun gesichert, an dessen Oberkante Stacheldraht angebracht ist. Weitere Barrieren sind nicht erkennbar. Wachpersonal oder Polizei sind nicht zu sehen.

Von außen ist nicht eindeutig erkennbar, wo genau sich die sensibelsten Teile der inneren Infrastruktur befinden. Wer aber über entsprechendes Spezialwissen verfügt und gezielt vorgeht, könnte hier erheblichen Schaden anrichten.

Ähnliche Eindrücke ergeben sich an weiteren Orten: In Köpenick besucht ein Reporter ein kleines Trafohaus, das rund 200 Siedlungshäuser versorgt. Das Gebäude ist bunt bemalt, ein Waschbär zielt die Fassade. Es gibt nicht einmal einen Zaun, und die Tür des Häuschens verfügt nur über ein primitives Zylinderschloss. Kameras? Aderweitige Sicherungsmaßnahmen? Fehlanzeige.

Ein weiterer Ort, den Reporter der Berliner Zeitung aufgesucht haben: Eine 220-Kilowatt-Schaltanlage in Altglienicke, die abgelegen zwischen Schallschutzwänden und einer Einfamilienhausansiedlung liegt. Die Wände der Anlage sind mit Graffiti beschmiert, Kameras und Scheinwerfer fehlen.

An einer anderen 220kV-Schaltanlage in Treptow haben sich ebenfalls Graffiti-

Sprüher großflächig ausgetobt, was zeigt, dass Unbefugte hier ohne weiteres Zutritt haben. Einbruch-Profis können die Türschlösser locker öffnen.

Und in Rudow liegt ein weiteres Umspannwerk direkt am Teltowkanal, umgeben von dichter Wohnbebauung. Schilder weisen auf Videoüberwachung hin, das Betreten des Geländes ist „streng verboten“. Genau solche Schilder finden sich jedoch auch an den Zäunen der sabotierten Kabelbrücke am Teltowkanal in Lichterfelde.

Und schließlich ein Hochspannungsmast in Baumschulenweg – aktuell eine Baustelle. Genau hier verübten Linksextremisten bereits im Herbst einen Brandanschlag auf mehrere Kabel. Der Schaden führte damals zu einem mehrtägigen Stromausfall in 50.000 Haushalten in Köpenick. Für die Berliner Landesregierung offenbar kein Grund, die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen.

Der Eindruck verdichtet sich von Standort zu Standort: unterschiedliche Anlagen, unterschiedliche Bezirke, aber ein wiederkehrendes Muster. Die Barrieren sind niedrig, von Sicherheitskräften oder Polizeibeamten fehlt jede Spur. Entsprechend hoch ist die Verwundbarkeit der kritischen Infrastruktur.

Es offenbart sich ein strukturelles Problem der Berliner Energieinfrastruktur – und ein massives Behördenversagen. Das Stromnetz der Hauptstadt ist insgesamt rund 35.700 Kilometer lang. Nach Angaben des Senats verlaufen etwa 99 Prozent dieser Leitungen unterirdisch. Nur rund ein Prozent verlaufen oberirdisch – über Masten, Brücken, Schaltanlagen und Umspannwerke. Doch das macht immer noch mehr als 357 Kilometer oberirdische Leitungen.

Genau dieses eine Prozent entscheidet im Ernstfall über die Versorgung ganzer Stadtteile. Der jüngste Brandanschlag zeigt erneut: Ein gezielt gelegtes Feuer an einer Kabelbrücke reichte aus, um zeitweise mehr als 100.000 Menschen den Strom abzudrehen.

Auch aus Sicht der Sicherheitsbehörden ist der Zustand der kritischen Infrastruktur kein neues Problem. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeiverwerkschaft, spricht von acht Jahren politi-

scher Debatte mit überschaubarem Ergebnis. „Das Einzige, was in Berlin erreicht wurde, war ein Gesetz, das die Anwendung von Videotechnik im öffentlichen Raum erlaubt“, sagt Wendt. Videokameras könnten zwar bei der Aufklärung helfen, aber Anschläge nicht verhindern. Dafür bräuchten Anlagen robuste Sicherungen.

In anderen Ländern, etwa im Baltikum, kämen dafür längst moderne Systeme wie Biosensoren zum Einsatz, vielfach deutsche Technologie, die hierzulande nicht verwendet werde, „weil die Betreiber nicht müssen“.

Die Verwundbarkeit sei offenkundig: Bei der Bahn reiche es, einen Deckel zur Seite zu schieben, um an Kabel zu gelangen, am Flughafen könne ein Maschendrahtzaun mit einer Zange durchtrennt werden. „Unsere Infrastruktur muss besser geschützt werden als die Sparkassenschließfächer in Gelsenkirchen“, sagt Wendt. Er fordert deshalb, dass endlich das Kritis-Gesetz kommt, das Betreiber kritischer Infrastruktur tatsächlich verpflichtet, ihre Anlagen zu schützen. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt vor, das parlamentarische Verfahren läuft. Doch erst im Sommer soll das Gesetz beschlossen werden.

Nach Darstellung des Senats sind drei Viertel dieser oberirdischen Infrastruktur bereits videoüberwacht. Das verbleibende Viertel liege im öffentlichen Raum und sei bislang aus Gründen des Datenschutzes nicht mit Kameras ausgestattet worden. Genau dort aber befinden sich viele der Anlagen, die Reporter nun leicht zugänglich und marginal gesichert vorfinden.

Hinzu kommt: Zentrale Informationen über Verlauf, Lage und Struktur des Berliner Stromnetzes sind digital einsehbar. Das räumte auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner ein. Angesichts der aktuellen Sicherheitslage sei das ein Zustand, den man sich „nicht leisten“ könne.

Die Frage, die sich nach den Beobachtungen vor Ort stellt, lautet daher nicht, ob sich kritische Infrastruktur vollständig schützen lässt. Sondern warum nach einem Anschlag, den der Senat als Terror bezeichnet, ausgerechnet jene wenigen, besonders wirksamen Punkte weiterhin ohne sichtbaren Schutz bleiben.

Mit den Ergebnissen ihrer Recherche konfrontierte die Berliner Zeitung die politische Verantwortlichen: den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner, Innensenatorin Iris Spranger sowie Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey, in deren Zuständigkeit die Energieinfrastruktur fällt.

## Abstrakte Gefährdungslage

Eine einfache Frage: Warum sind „zentrale Anlagen der Stromversorgung wenige Tage nach einem schweren Anschlag auf kritische Infrastruktur weiterhin ohne“ sichtbaren Schutz? Diese Frage wurde von keiner der angefragten Stellen beantwortet. Ausschließlich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport beantwortete mehrere Fragen, nicht jedoch die zentrale.

In ihrer Antwort erklärt die Innenverwaltung, der Schutz kritischer Infrastruktur sei im „erforderlichen Maß intensiviert“ worden. Wie sich diese Intensivierung konkret äußert und warum sie an den von Reportern besuchten Anlagen nicht erkennbar ist, lässt die Verwaltung offen. Details zum Schutz kritischer Infrastruktur würden aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich gemacht.

Auch zur Frage, ob unmittelbar nach dem Anschlag temporärer Objektschutz angeordnet worden sei, etwa durch Polizei, Sicherheitsdienste oder mobile Sicherheitstechnik, äußert sich die Innenverwaltung nicht konkret. Stattdessen verweist sie darauf, dass Sicherheit und Schutz „nicht zwingend mit einer Sichtbarkeit der Maßnahmen einhergehen“.

Die operative Verantwortung verortet die Senatsverwaltung für Inneres bei den Netzbetreibern. Umspannwerke seien deren Liegenschaften, ihr Schutz liege in deren „ureigener Aufgabe“. Die Sicherheitsbehörden des Landes unterstützten lediglich beratend, etwa durch Gefahrenanalysen. Unterwühlt bleibt, dass es sich bei dem Anbieter Stromnetz um ein landeseigenes Unternehmen handelt.

Zugleich räumt die Innenverwaltung ein, dass weitere Anschläge nicht ausgeschlossen werden können. Die Gefährdungslage sei abstrakt hoch, zentrale Informationen über das Berliner Stromnetz blieben öffentlich zugänglich. Zudem arbeite man daran, den Schutz zu erhöhen, wie Innensenatorin Iris Spranger auf einer Pressekonferenz am 6. Januar versprach. Wie die besonders gefährdeten Teile der Berliner Energieinfrastruktur bis dahin gesichert werden sollen, bleibt offen.

**Der Eindruck  
verdichtet sich von  
Standort zu Standort:  
Die Barrieren  
sind niedrig, von  
Sicherheitskräften  
fehlt jede Spur.**